

„Herr Mohring, Sie tun Ihre Pflicht nicht“

LINKE-Finanzpolitiker Mike Huster am 17. Dezember in der Haushaltsdebatte im Landtag (Auszüge aus seiner Rede)

Meine Damen und Herren der CDU-Landtagsfraktion, sehr geehrter Herr Mohring, sehr geehrter Herr Kowalleck, wir wissen nicht, wer Sie beraten hat, hier keine Änderungsanträge zum Haushalt zu stellen. Ich weiß auch nicht, ob es das schon einmal in den letzten 25 Jahren hier im Thüringer Landtag gegeben hat.

Selbst die sechs Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der ersten Legislaturperiode haben es trotz Generalkritik geschafft, einen sogenannten alternativen Haushalt dem Landtag vorzulegen. Und Sie als ehemalige selbst ernannte Staatspartei schaffen es hier in der Opposition und als stärkste Fraktion, keinen einzigen Änderungsantrag zum Haushalt vorzustellen. Damit wird Ihre gesamte Kritik an der Thüringer Landesregierung völlig unglaubwürdig.

Sie haben wiederholt geschrien, wir würden aus rein politischen Gründen das Ausgabevolumen nach oben ziehen und an anderen Stellen Kommunen und Familien bestrafen. Wenn das so ist, Herr Mohring, dann wäre es für Sie ein Leichtes gewesen, diese aus Ihrer Sicht politisch intendierten Ausgabesteigerungen zurückzunehmen und sie zumindest teilweise an den Stellen einzusetzen, wo Sie glauben, dass wir zu wenig Geld einsetzen. Oder sie hätten Vorschläge zur Schuldentilgung unterbreiten können. Aber Sie haben es nicht getan, obwohl es nach Ihrer argumentativen Logik völlig leicht gewesen

wäre. Es waren ja angeblich alles politisch intendierte Mehrausgaben von Rot-Rot-Grün. Jetzt sage ich Ihnen noch einmal zur Wiederholung, was das Instrument gewesen wäre, mit dem man diese Kritik hätte deutlich machen müssen: Über Änderungsanträge. Die haben Sie dem Haus nicht vorgelegt, keinen einzigen.

In Widersprüchen verfangen

Herr Mohring, Sie tun Ihre Pflicht nicht und wollen uns und die Öffentlichkeit offenbar stattdessen mit zwei Entschließungsanträgen für dumm verkaufen. Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, im Gegenteil. Wann immer Sie hier im Hause und in den nächsten zwei Jahren Rot-Rot-Grün kritisieren, werden wir Ihnen entgegenhalten: Sie haben keine Alternative zur Regierungspolitik darstellen wollen oder können! Sie haben in dieser Haushaltsdebatte politisch versagt, meine Damen und Herren!

Es ist ja nicht so, dass es nicht absehbar gewesen ist. Zur ersten Lesung haben die Kollegen von Rot-Rot-Grün, die hier gesprochen haben, es Ihnen bereits prophezeit: Wer heute klagt, dass das Haushaltsvolumen angeblich aufgebläht wird, und morgen jedwede Veränderung kritisiert und mehr Geld fordert, der muss sich zwangsläufig in Widersprüche verstricken. Und jetzt auf der Zielgeraden kann er diese Widersprüche nicht mehr lösen. Vor einem Jahr, Herr Mohring, wollten Sie die Regierung jagen. Anfang Oktober ä-

Berten Sie im Plenum hier Ihre fundamentale Kritik am Regierungsentwurf von Rot-Rot-Grün. Und heute – Ende Dezember – bleibt festzustellen: Sie haben sich in Ihren Widersprüchen verfangen, und zwar so, dass Sie keine Lösung mehr fanden. Sie haben aufgegeben. Zwei Entschließungsanträge, die am Regierungsentwurf des Haushalts nichts, aber auch gar nichts ändern, sind wirklich nur der billige Versuch, Ihr Versagen zu kaschieren. Schämen Sie sich! Rot-Rot-Grün dagegen liefert auch beim Haushalt 2016/2017. Die Regierung hatte bereits am 1. Oktober ihren Entwurf des Landeshaushalts für die nächsten beiden Jahre eingebracht.

Jetzt, nach der ausgiebigen Beratung im Haushaltsausschuss und in den entsprechenden Gremien wurden durch die Koalitionsfraktionen noch Änderungen eingebracht. Diese resultieren zum erheblichen Teil natürlich auch in Reaktionen auf die Dynamik der Flüchtlingsentwicklung seit September 2015 sowie auf anderem politischen und sachlichen Gestaltungswillen an anderer Stelle.

Wo nachgezogen werden muss

Auch das ist Sinn einer parlamentarischen Debatte zum Haushalt, zu prüfen, ob die geplanten Mittel reichen und an welchen Stellen nachgezogen werden muss. Wir tun das mit Blick auf die Flüchtlingsentwicklung wesentlich an drei Stellen, in den Bereichen Bildung, Polizei und sozialer Wohnungsbau. Der jetzt zur Abstimmung stehen-

de Haushalt ist durchaus auch von Wünschen und politischen Ambitionen geprägt, aber er ist insgesamt dennoch Ausdruck von hoher Sachlichkeit und Realitätsnähe, ohne neue Schulden und natürlich – Herr Kowalleck – auch mit Schätzannahmen in unsicheren Bereichen.

Schulinvestitionsprogramm u.a.

In der ersten Lesung hatte Ihnen meine Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow bereits vorgetragen, wodurch sich dieser Haushalt von seinen Vorgängern unterscheidet und wo die Mittel zum Teil erheblich in den nächsten Jahren steigen werden. Ich will nur ein paar Themen noch einmal nennen.

Wir starten jetzt endlich mit dem angekündigten Schulinvestitionsprogramm. Wir stärken Hochschulen, wir stärken Theater und Orchester, wir finanzieren die Grenz Museen besser, wir stärken den Brand- und Katastrophenschutz, investieren mehr in Fahrtkosten für Azubis, wir stärken die freien Schulen, wir investieren mehr in ein Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, wir entwickeln die Berufsakademie weiter zur Dualen Hochschule Gera und Eisenach, wir starten das Programm zur öffentlich geförderten gemeinwohlorientierten Beschäftigung und wir stärken Infrastrukturinvestitionen unter anderem durch die Vorfinanzierung der Planung der Elektrifizierung der Mitteldeutschland-Schienenverbindung. ■

Unterstützung für die Mupperger Vereinsarbeit

Wie das Sonneberger Wahlkreisbüro von Knut Korschewsky informierte, übergab der LINKE- Abgeordnete eine Spende der Alternative 54 e.V. an den Rassegeflügelzuchtverein Mupperger und Umgebung e.V. (RGZV). Während seines Besuches im Sonneberger Unterland informierten Volkmar Köhler (1. Vorstand) und Schatzmeister Kurt Siebert den Gast ausführlich über die zahlreichen Aktivitäten der umtriebigen Tierfreunde.

Ein Höhepunkt im vergangenen Jahr war die 22. Auflage der Steinachtalschau in der Mupperger Turnhalle, die im Dezember mehr als drei Dutzend Aussteller und zahlreiche Besucher aus dem südthüringischen und oberfränkischen Raum anlockte. „Ich freue mich sehr, dass wir mit unserem Verein Alternative 54 Erfurt e.V. einmal mehr ehrenamtlich Tätigen vor Ort unter die Arme greifen können. Sie hatten uns um eine finanzielle Unterstützung für einen neuen Kopierer gebeten, da der alte in die Jahre gekommen und nicht mehr einsatzbereit war. Das Geld stammt aus einem Fonds, in den die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ihre automatischen Diätenerhöhungen fließen lassen, um damit Vereine und soziale



Projekte unterstützen zu können“, erklärte Knut Korschewsky. Volkmar Köhler dankte im Namen des Vereins für die Unterstützung. „Für unsere Steinachtalschau erarbeiten wir den umfangreichen Ausstellungskatalog selbst und wickeln auch den kompletten Schriftverkehr dazu ab. Deshalb benötigen wir auch einen neuen Drucker inklusive Kopierer.“

Der Verein wurde im Jahre 1924 gegründet und kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Die Mitglieder züchten Rassegeflügel, wie Tauben, Hühner, Enten und Gänse, und sind

auch stets bemüht, dieses schöne Hobby an Kinder und Jugendliche weiterzugeben.

Derzeit gehören 21 Züchterinnen und Züchter sowie drei Jungzüchter dem Verein an. Jährlich führen die Unterländer die schon zur Tradition gewordene Steinachtalschau durch, die zweitgrößte Rassegeflügelschau im Landkreis Sonneberg. Für Jungzüchter werden regelmäßig spezielle Veranstaltungen organisiert.

Foto (v.l.): Kurt Siebert, Knut Korschewsky, Volkmar Köhler

Aufeinander zugehen und Vertrauen aufbauen

Die Berufung von Joachim Leibiger als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen hat Karola Stange als „ein gutes Signal“ bezeichnet. Die LINKE Behindertenpolitikerin erwartet, dass der Behindertenbeauftragte und die Vereine und Verbände für Menschen mit Behinderungen „aufeinander zugehen und Vertrauen aufbauen“, denn es gebe viel zu tun. Eine erste Bewährungsprobe werde die Novelle des Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen sein, hinzu komme die parlamentarische Erarbeitung eines Sinnesbehindertengesetzes für Thüringen, geplant bis zum Sommer. Nachteilsausgleiche für Taubblinde, Gehörlose sowie blinde Menschen sollen neu bzw. verbessert geregelt werden. Es sei auch für ihre Arbeit sehr wichtig, „einen verlässlichen Partner zu haben, der bei allen Verbänden die notwendige Akzeptanz genießt und sich engagiert einbringt“, so die Sozialpolitikerin. Dabei wünsche sie sich, dass die Thüringer Behindertenverbände künftig gut zusammenarbeiten mit dem Ziel der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Basis einer Novellierung des entsprechenden Maßnahmenplans der Landesregierung. ■